

Wolfgang Schäuble:

## Es gibt keine neuen Sachverhalte

Noch Anfang September sind im Deutschen Bundestag die Zahlen des Haushalts '99 ausführlich diskutiert worden. Wenn Rot-Grün jetzt riesige Haushaltslöcher entdeckt, müssen sich die neuen Koalitionäre fragen lassen, wie diese so plötzlich haben entstehen können. Wolfgang Schäuble: „Es gibt keine neuen Sachverhalte. Die Rot-Grünen entwerfen eine Scheinwirklichkeit und inszenieren Realität, um darin ihre Wahlversprechen möglichst unauffällig verschwinden zu lassen.“

Der designierte Arbeitsminister spricht sogar schon davon, daß die Arbeitslosigkeit wieder steigen könne, und schert sich nicht darum, daß eben erst die Vier-Millionen-Grenze zum ersten Mal seit knapp zwei Jahren unterschritten worden ist und sich auf dem Arbeitsmarkt weitere Verbesserungen ankündigen.

Wolfgang Schäuble: „Ganz offensichtlich macht sich bei SPD und Grünen die Sorge breit, daß die angekündigte Rücknahme der Reformen der Regierung Kohl

auch zum Rückgang der Verbesserungen führen könnte, die diese Reformen bewirkt haben. Kommt es dazu, dann wäre das die Folge rot-grüner Politik. Davon darf nicht abgelenkt werden.“

„Gift für die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt“ ist insbesondere, im nationalen Alleingang die deutschen

**CDU und CSU werden jetzt die Alternative zur Regierungspolitik deutlich machen.**

Energiepreise zu erhöhen. Und auch das, was in der Steuerpolitik bisher öffentlich diskutiert worden ist, „läßt Schlimmes befürchten“.

„Wir werden die Scheinwelt rot-grüner Inszenierungen“ – so Schäuble –, den Bürgerinnen und Bürgern vor Augen führen, auf die Uneinigkeit in wichtigen Sachfragen allein innerhalb der SPD aufmerksam machen und dagegen unsere Position einer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik stellen, die mit großer Aussicht auf Erfolg zu mehr Wachstum und Beschäftigung führt.“

## Kurz & gut

### Aktenkundig

Wolfgang Schäuble: *Wir müssen darauf achten, daß wir die Eröffnungsbilanz der neuen Regierung richtig festschreiben. Denn deren Leistung wird einmal mit dem Vergleich von Anfang- und Schlußvermögen bewertet werden. Dafür muß aktenkundig sein, daß wir ein solides und zukunftsfähiges Erbe hinterlassen haben.*

### Stellenabbau zu Ende

Der jahrelange Rückgang der Beschäftigung ist im Sommer zu Ende gegangen. Im Juli zählte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden bundesweit 33,9 Millionen Erwerbstätige, 64.000 mehr als ein Jahr zuvor. Im Juli 1997 waren gegenüber dem Vorjahr noch mehr als eine halbe Million Arbeitsplätze abgebaut worden.

### Siemens stellt Lehrlinge ein

2.600 Lehrlinge will Siemens im Geschäftsjahr 1998/99 einstellen. Damit ist der Konzern nach der deutschen Bahn AG zweitgrößter Ausbildungsbetrieb in Deutschland. Insgesamt erlernen rund 10.000 junge Leute beim größten deutschen Elektrokonzern einen Beruf.

### Weiterhin nach oben

zeigt die deutsche Konjunkturkurve. Nach IWF-Prognose sind 2,5 Prozent Wirtschaftswachstum die Untergrenze des Erreichbaren.

### Rekordtief

Um 0,8 Prozent sind im September die Preise für die private Lebenshaltung binnen Jahresfrist gestiegen. Im Vergleich zum August sank der Preisindex um 0,2 Prozentpunkte. Bereits seit Juli steht bei der Inflationsrate in Deutschland eine Null vor dem Komma.

## Zahl der Arbeitslosen erstmals wieder unter vier Millionen

Seit knapp zwei Jahren ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland wieder unter die Vier-Millionen-Grenze gefallen. Wie die Bundesanstalt für Ar-

beit am 6. Oktober berichtete, sank die Arbeitslosigkeit im September um 130.100 auf 3,96 Millionen. Im Vergleich zum Vorjahr sind das 342.700 Arbeits-

lose weniger. Die Arbeitslosenquote fiel binnen Jahresfrist von 11,2 auf 10,3 Prozent. Regierungssprecher Otto Hauser: "Die gute wirtschaftliche Situa-

tion hat zu diesem erfreulichen Ergebnis beigetragen. Mit ihrem Reformkurs hat aber auch die Bundesregierung Rahmenbedingungen geschaffen,

die beschäftigungsschaffende Investitionen in Deutschland fördern. Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gilt es jetzt zu verstetigen."

## DAS WICHTIGSTE DER WOCHE AUF EINER SEITE

# NR. 34

"Ich habe mir extra einen neuen Anzug gekauft. Auch der Präsident darf sich einmal freuen," kommentierte Bernhard Jagoda die Arbeitsmarktdaten im September.

## Die rot-grüne Regierungskoalition übernimmt geordnete Bundesfinanzen

"Die Koalition von CDU/CSU und FDP hat den Bundeshaushalt 1999 fristgerecht vorgelegt und der neuen Regierung geordnete Bundesfinanzen übergeben." Mit diesen Worten hat der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Roth, Behauptungen der SPD zurückgewiesen, nach denen der Haushalt des scheidenden Bundesfinanzministers Deckungslücken in Milliardenhöhe aufweise.

**Adolf Roth:** Die finanzwirtschaftlichen Eckdaten sind heute besser als am Ende der Schmidt-Regierung 1982. Die Staatsquote sinkt. Der Anteil der Bundesausgaben am Bruttoinlandprodukt wird 1999 mit 11,8 Prozent so niedrig sein wie seit den 50er Jahren nicht mehr.

### Unsere Politik trägt Früchte

Die Defizitquote im Bundeshaushalt liegt heute schon mit 1,5 Prozent weit niedriger als z.B. 1975 mit 2,9 oder 1982 mit 2,3 Prozent. Die Preise sind stabil und die Zinsen historisch niedrig. Die Politik der strikten Ausgabenbegrenzung trägt Früchte – und dies, obwohl die auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtete große Steuerreform der

CDU/CSU-FDP-Koalition von der SPD hintertrieben worden ist. Es ist deshalb überhaupt nicht nachvollziehbar, wenn die SPD jetzt behauptet, daß sie im Bundeshaushalt *Haushaltlöcher* finde. Ganz im Gegenteil: Durch die gute Konjunktur und die Wende am Arbeitsmarkt ist noch in diesem Jahr mit höheren Steuereinnahmen und niedrigeren Arbeitsmarktausgaben zu rechnen.

Aus verfügbaren (!) Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit will der designierte neue Finanzminister Lafontaine noch in diesem Jahr ein Programm für 100.000 Jugendarbeitsplätze finanzieren und findet dafür offensichtlich eine ausreichende Finanzmasse in der Hinterlassenschaft der alten Regierung vor.

*Haushaltlöcher* – das ist nichts anderes als eine Erfindung der künftigen rot-grünen Koalition, um ihre Wahlversprechen nicht einlösen zu müssen und die Begründung geplanter Steuererhöhungen schon heute bereitzulegen.

**Andreas Schmidt,** parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Union läßt der rot-grünen Koalition den Versuch der Bilanzfälschung nicht durchgehen.

### Kommunen haben mehr Geld

Der Aufschwung ist jetzt auch für die Kommunen spürbar. So haben sich deren Einnahmen im ersten Halbjahr 1998 um 0,5 Prozent auf 126,7 Milliarden DM erhöht. Gleichzeitig haben die Gemeinden und Gemeindeverbände

(ohne die Stadtstaaten) im selben Zeitraum 128 Milliarden DM und damit 1,4 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum ausgegeben: eindeutiges Zeichen für eine Entspannung bei den Kommunalfinanzen.

### Gut bestelltes Haus

1999 wird ein Schicksalsjahr für Europa. Am 1. Januar wird Deutschland die Präsidentschaft der Europäischen Union übernehmen. Wichtige Entscheidungen z.B. über die Reform der Agrar- und Strukturpolitik stehen an. Gün-

ter Rinsche, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament: "Schröder übernimmt von Helmut Kohl ein gut bestelltes Haus. Er wird sich an dessen Erfolgen messen lassen müssen."

Wolfgang Schäuble:

## Das Koordinatensystem nicht verschieben

**Frage:** *Wie will der künftige Parteivor-sitzende Wolfgang Schäuble nach der verheerenden Wahlniederlage die Politik der CDU verändern?*

**Schäuble:** Eines ist klar: Die Prinzipien unserer Politik brauchen wir nicht zu verändern. Wir haben ein hervorragendes Zukunftsprogramm. Darüber sind wir uns alle einig, übrigens auch Kurt Biedenkopf, der sonst nicht immer mit allem übereinstimmt.

**Frage:** *Weiter so?*

**Schäuble:** Wir werden das Koordinatensystem unserer Politik nicht verschieben. Politische Führung ist kein demoskopisches Institut. Wir ermitteln nicht die aktuelle Meinung mit einer TED-Umfrage: Wie hättet ihr es gern – und dann machen wir das. Wir müssen die Menschen davon überzeugen, daß unsere Positionen richtig sind. Gewinn man die Mehrheit, ist es gut; gewinnt man sie nicht, arbeitet man weiter daran. Vielleicht ist das aus der Opposition heraus leichter.

**Frage:** *Die Union ist gesellschaftlich isoliert. Konservative Gedanken sind kaum noch gefragt, die christlichen Werte werden unwichtiger im vereinten Deutschland. Wie kommen Sie aus der Falle heraus?*

**Schäuble:** Ihre Einschätzung teile ich überhaupt nicht. Natürlich haben sich Bindungen gelockert, kirchliche, auch gewerkschaftliche. Aber das kommt wieder. In dieser rasanten Welt wird das Bedürfnis nach Orientierung stärker. Religiosität wird nicht abnehmen, denn der moderne

Mensch ist in seiner begrenzten irdischen Existenz auch verloren. Nation, Heimat, Familie geben maßgeblich Identität und Halt. Das wird nicht weniger wichtig.

**Frage:** *Ihr Hamburger Hoffnungsträger Ole von Beust sagt, die CDU ver-trete einen veralteten Familienbegriff.*

**Schäuble:** Niemand hat etwas gegen Singles, und wir wollen auch keinen

### „Focus“-Interview mit Wolfgang Schäuble zur Zukunft der CDU

Zwang zu irgendwelchen Entscheidungen. Aber es gibt Leitbilder, und die verteidigen wir. Zu Kindern gehören Mutter und Vater. Ohne ein Fundament von Werten verkommt die Freiheit. Diese Erkenntnis setzt sich auch in Deutschland durch. Wir stehen nicht auf der Verliererseite der Geschichte, wir sind nicht isoliert.

**Frage:** *Ihnen bleibt aber nur die FDP als potentieller Partner. Und ob diese die Opposition überlebt oder irgendwann in eine sozialliberale Koalition flüchtet, weiß niemand. Muß sich die CDU zu den Grünen öffnen?*

**Schäuble:** Im Moment suche ich keine Koalitionspartner. Jetzt müssen wir unsere Oppositionsaufgabe wahrnehmen, die Regierung unter Druck halten und Tag für Tag die Alternative für eine bessere Politik aufzeigen. Unsere freundschaftliche, kollegiale Verbundenheit mit den Freien Demokraten bleibt. Im Februar wollen wir gemeinsam in Hessen die Regierung über-

nehmen. Im übrigen: Warten wir ab, welche Lernprozesse Sozialdemokraten und Grüne in ihrer Zusammenarbeit durchmachen.

**Frage:** *Wir hatten nach dem Verhältnis der CDU zu den Grünen gefragt.*

**Schäuble:** Mit den heutigen Grünen, das hat Helmut Kohl richtig gesagt, wäre eine Zusammenarbeit nicht möglich. Nationale Alleingänge bei Ökosteuern oder der Atomausstieg sind Unfug. Daß wir in ein paar Jahren alle um die Erdgasreserven eines stabilen oder nicht stabilen Rußland betteln, ist auch keine sehr sinnvolle energiepolitische Perspektive.

**Frage:** *In der letzten Legislaturperiode durfte es nirgendwo schwarz-grüne Debatten geben, um die Wähler nicht zu verunsichern. Fällt jetzt das Tabu?*

**Schäuble:** Das hängt von der jeweiligen Situation ab, nicht von dogmatischen Festlegungen.

**Frage:** *Mit der Einheit ist Deutschland nördlicher, östlicher, heidnischer geworden – und linker. Ist die Union noch mehrheitsfähig?*

**Schäuble:** Natürlich. Was heute runtergeht, kann morgen genauso raufgehen. Wollen Sie bestreiten, daß Kurt Biedenkopf eine gute Chance hat, die Landtagswahl in Sachsen zu gewinnen?

**Frage:** *Die CDU hat bei der Bundestagswahl in Sachsen 15 Prozentpunkte verloren.*

**Schäuble:** Das muß man auch im Verhältnis zum bisherigen Ergebnis sehen. In Brandenburg hätte sie nicht 15 Prozent verlieren können.

**Frage:** *Wird die CDU ihren Frieden mit ehemaligen SED-Mitgliedern machen und sie in die Partei aufnehmen?*

**Schäuble:** Wir haben schon bei der Wahl keine Stimme zurückgewiesen. Das entscheiden wir nicht bundesweit, sondern an Ort und Stelle. Da sollten wir nicht mit der Arroganz aus gesicherter Distanz urteilen. Im größeren Zeitabstand wird es ein immer kleineres Problem. Es muß das Recht auf Korrektur früheren Verhaltens geben. Wir müssen anerkennen, daß es im geteilten Land andere Lebenswege gab, wenn wir eine gemeinsame bessere Zukunft wollen.

**Frage:** *Was wird künftig die Union zusammenhalten, wenn es Regierungsmacht und Helmut Kohl nicht mehr gibt?*

**Schäuble:** Natürlich fehlt uns dadurch ein Stück des Zusammenhalts. Es bleibt in erster Linie unsere Übereinstimmung in den Grundsatzfragen zwischen CDU und CSU. Die anderen Parteien haben ein ganz anderes Menschenbild. Wir gehen von der Eigenverantwortung aus, auch vom möglichen Fehlverhalten. Man muß in der Ausländerpolitik nicht nur für Toleranz werben, sondern muß auch eine rationale Integrationspolitik betreiben. Soziale Gerechtigkeit, soziale Wärme erreichen wir nicht, indem wir die Menschen möglichst rundum betreuen, wie Rot-Grün das will. Je mehr Freiheit, wenn sich Rechte mit Pflichten verbinden, um so besser.

**Wolfgang Schäuble:** *Wir bleiben – CDU und CSU – die große, integrierende Volkspartei in der politischen Mitte. Wir werden nicht Konfrontation um der Konfrontation willen suchen. Wenn die Regierung Vorschläge macht, die wir für richtig halten, werden wir sie nicht ablehnen und bekämpfen, bloß weil sie von der Regierung kommen.*

**Frage:** Was kann die CDU von der CSU, was können Sie von Edmund Stoiber lernen?

**Schäuble:** Die CSU hat eine, allerdings nicht nahtlos übertragbare, Kombination von Tradition und Modernität geschafft, diese Mischung von Laptop und Lederhose. Und wir können ganz besonders lernen, dem Volk aufs Maul zu schauen. Edmund Stoiber beruft sich dafür immer auf Franz Josef Strauß. Ich habe ihm gerade gesagt, daß dieser Rat von Martin Luther stammt: Dem Volk aufs Maul schauen, aber nicht nach dem Mund reden.

**Frage:** Welches Gewicht hat Stoiber jetzt in der Union?

**Schäuble:** Wir werden immer stärker die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik oder der inneren Sicherheit in Bayern mit denen unter SPD-Herrschaft vergleichen. Stoiber wird sich schon im hessischen Landtagswahlkampf stark engagieren. Wir werden ihn gezielt im Bundestag einsetzen. Er wird auch bald zu einer Fraktionssitzung kommen, sobald wir die Arbeit aufgenommen haben.

**Frage:** Die CSU wirft Ihnen vor, Sie hätten vor vier Jahren der SPD den zweiten Bundestags-Vizepräsidenten zugunsten der Grünen weggenommen, und nun müsse deshalb die CSU verzichten, damit die PDS gleiche Rechte bekommt.

**Schäuble:** Das war doch damals eine gemeinsame Entscheidung. Natürlich möchten wir gern zwei haben und werden dafür kämpfen. Es ist doch nicht gesagt, daß die Kandidatin der PDS gewählt wird. Die SPD hat beim letzten Mal auch zwei Kandidaten ins Rennen geschickt, bekam aber nur für einen die Mehrheit. Nun wollen wir mal sehen, wie die Wahl zwischen einem Kandidaten der CDU/CSU und einem der PDS ausgeht.

**Frage:** Helmut Kohl hat selbst erzählt, er habe einst zwei Freunde gebeten,

ihm rechtzeitig mitzuteilen, wann es Zeit ist zu gehen. Haben Sie die Bitte erfüllt?

**Schäuble:** Helmut Kohl hat die beiden Freunde, wenn es denn zwei waren, nicht darum gebeten, der Öffentlichkeit Mitteilung zu machen, sondern ihm.

**Frage:** Sind Sie hingegangen?

**Schäuble:** Ich habe meiner Antwort nichts hinzuzufügen.

**Frage:** Welche Rolle wird Kohl künftig spielen?

**Schäuble:** Bis zum Parteitag ist er Vorsitzender mit allen Rechten und Pflichten. Da sind wir altmodisch. Danach wird er nicht weiter einen halben Vorsitzenden spielen wollen, da bin ich ganz sicher. Helmut Kohl hat mehr Taktgefühl als manche, die meinen, sie müßten ihm Ratschläge geben.

**Frage:** Wird er Ehrenvorsitzender?

**Schäuble:** Darüber redet man nicht, so etwas beschließt man auf einem Parteitag.

**Frage:** Volker Rühle sollte herausgehoben werden. Warum wird daraus nichts?

**Schäuble:** Volker Rühle und ich haben gesagt und nach der Wahl gezeigt, daß wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Er will als stellvertretender Vorsitzender in der Partei und in der Fraktion mitarbeiten, sich dort vor allem um die Außenpolitik kümmern.

**Frage:** Vorausgesetzt, er wird gewählt, bei fünf Kandidaten für vier Plätze. Rühle ist schon einmal mit einer Vize-Kandidatur gescheitert.

**Schäuble:** Wahlen sind immer mit Risiken verbunden. Aber seit damals ist Volker Rühle jedesmal mit großer Mehrheit in das CDU-Präsidium gewählt worden.

**Frage:** Entweder scheidet mit Angela Merkel die einzige Frau oder das soziale Gewissen Norbert Blüm, das Verjüngungssymbol Christian Wulff, Ihr Tandempartner Rühle – oder Ihr Lands-

Generalsekretär Peter Hintze:

## Ein PDS-Vizepräsident wäre unerträglich

**Die Forderung der SED-Fortsetzungspartei PDS nach einem Vizepräsidenten im Deutschen Bundestag erfordert den Widerspruch aller Demokraten.**

Noch an diesem Wochenende hat sich die PDS als „sozialistische, antikapitalistische und systemoppositionelle Partei“ bezeichnet (PDS-Landeschef Helmut Holter auf dem PDS-Sonderparteitag in Sternberg). Für Feinde der Demokratie darf es in einem der Demokratie verpflichteten Parlament keine Ämter geben.

Hätte eine rechtsradikale Partei den

Sprung in den Bundestag geschafft, würde unverzüglich die Geschäftsordnung geändert, und das zu Recht. Es ist ein Skandal, daß die rot-grüne Mehrheit den linksradikalen Anspruch auf ein Vizepräsidentenamt zu realisieren gedenkt.

Die Sozialdemokraten setzen alles daran, die PDS zu enttabuisieren und damit das politische Koordinatensystem in Deutschland weit nach links zu verschieben. Die CDU wird sich mit aller Schärfe gegen die Enttabuisierung radikaler Kräfte in Deutschland zur Wehr setzen.

*mann und Ministerpräsident Erwin Teufel. Jedes Signal wäre verheerend.*

**Schäuble:** Ich bestreite nicht, daß das schwierig ist. Da müssen wir halt alle zusammen klug sein. Aber Reichtum an hervorragenden Männern und Frauen ist mir lieber als Armut.

**Frage:** *Auf wen könnte die CDU denn am ehesten als Vize verzichten?*

**Schäuble:** Wenn ich die Frage beantworten würde, dann könnte sie am besten auf mich verzichten.

**Frage:** *Nach dem Namen des Generalsekretärs zu fragen ist sinnlos. Aber was soll der Neue leisten?*

**Schäuble:** Er muß die Parteiarbeit erneuern, auch in den Landesverbänden helfen, wo wir Defizite haben. Das Adenauer-Haus ist nicht schlecht. Es muß die Motivations- und Dienstleistungszentrale, aber auch die Ideenschmiede der Partei sein.

**Frage:** *Eher General oder eher Sekretär?*

**Schäuble:** Natürlich General, er ist für das laufende Geschäft der eigentliche Stellvertreter des Vorsitzenden. Aber es gibt auch noch einen Oberbefehlshaber.

### Unsere Elektronischen Adressen:

- **INTERNET:**  
<http://www.cdu.de>
- **T-ONLINE:** \*CDU#
- **X 400:** c= de; a = dbp;  
p = cdu; s = bund
- **E-MAIL:** [post@www.cdu.de](mailto:post@www.cdu.de)

# Die rot-grüne Steuerreform ist reiner Etiketten-Schwindel

**Von den großartigen Steuerversprechungen bleibt nichts übrig. Unter Rot-Grün werden aus Steuersenkungen Steuererhöhungen, aus einer Steuerreform Steuerumverteilung. Die Förderung von Wachstum und Beschäftigung wird vernachlässigt. Die rot-grüne Steuerreform ist ein Programm zur Steuererhöhung und zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit.**

Auf arbeitsplatzerhaltende und -schaffende Investoren kommen in den nächsten vier Jahren insgesamt Mehrbelastungen von bis zu 100 Milliarden DM zu. Investitionen werden verhindert und ausländische Investoren vertrieben. Wenn die Steuersätze für Unternehmen nur geringfügig sinken, sie aber die Steuerumverteilung finanzieren müssen, warum sollten dann Investoren noch den Weg nach Deutschland finden, um Arbeitsplätze zu schaffen. Auf diese Frage gibt die rot-grüne Steuerumverteilung keine ökonomisch sinnvollen und sozial ausgewogenen Antworten. Gerade international tätige Unternehmen warten auf ein Signal, daß sich Investitionen in Deutschland wieder stärker rechnen. Dieses Signal ist von der rot-grünen Steuerreform ausgeblieben.

Rot-Grün zieht die Steuerschraube weiter an. Den Tarifsenkungen bei Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von rund 54 Milliarden DM stehen massive Steuererhöhungen gegenüber: Rund 44 Milliarden DM an Steuervergünstigungen. Sie gehen weitgehend zu Lasten von Unternehmen und Mittelstand. Hinzu kommt die Anhebung der Mineralölsteuer und die Einführung von weiteren Ökosteuern auf Strom, Heizöl und Gas in zweistelli-

ger Milliardenhöhe. Sozial Schwache, Rentner, Studenten und Pendler werden massiv benachteiligt. Sie erhalten keine Steuerentlastung, müssen aber die Zeche über steigende Preise und damit über einen Kaufkraftverlust voll tragen.

Auch Impulse für eine Stärkung von Wirtschaft und Kaufkraft werden von der geplanten rot-grünen Steuerreform nicht ausgehen. Dafür greifen die Trippelschrit-

## Funzelreform

*Eine Steuerreform hat nur Erfolg, wenn sie wie ein greller Blitz einschlägt. Die Bevölkerung muß echt sprachlos werden: Endlich kassiert der Staat massiv weniger – statt immer mehr und mehr. Und das auf Dauer!*

*So einen Blitz hatte US-Präsident Ronald Reagan unter sein Volk geschleudert. Die Folgen sind bekannt: grandioses Wirtschaftswachstum, Millionen neuer Jobs, Haushaltsüberschüsse.*

*Die Steuerreform von SPD und Grünen dagegen ist kein Blitz, sondern eine matte Funzel.*

*Auf den „Ruck“, den unser Land so dringend braucht - wie lange müssen wir noch darauf warten?*

**Bild**

te der rot-grünen Steuerreform zu kurz und schieben eine Nettoentlastung der Steuerzahler auf die lange Bank. So rechnet der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels nicht damit, daß die von rot-grün geplante Steuerreform den Einzel-

handel aus dem Konjunkturtief reiße. Die Entlastungen gerade auch der unteren Einkommensbezieher sind dafür zu gering:

### Immer noch zu hoch

● Rot-Grün täuscht die Steuerzahler, wenn es die Anhebung des Grundfreibetrags 1999 als ihren Erfolg verkauft. Denn die Anhebung ist bereits seit langem vereinbart. Erst in vier Jahren wird wahrscheinlich der Eingangssteuersatz wieder unter 20 Prozent sinken. Damit liegt er aber immer noch höher als Anfang der 90er Jahre und ist weit entfernt von dem von der SPD in Aussicht gestellten Eingangssteuersatz von 15 Prozent.

● Am Höchststeuersatz, der Signalwirkung für mehr Investitionen und Beschäftigung hat, tut sich erst gar nichts und dann zu wenig. Auch für Investoren ist die Senkung auf 35 Prozent nur eine Scheinsenkung. Denn den Tarifsenkungen stehen im Vergleich massive Mehrbelastungen gegenüber, um durch Umverteilung die geringen Steuersenkungen für die unteren Einkommensbezieher und die Kindergelderhöhung zu finanzieren. Zudem weist das Ziel einer ungleichen Belastung privater und gewerblicher Einkommen den Weg in eine Steinzeit-Steuerpolitik.

**Fazit:** Die rot-grüne Steuerreform wird den Herausforderungen an Deutschland, Wachstum zu fördern, Investitionen zu stärken, Beschäftigung zu schaffen und die Steuerzahler netto zu entlasten, nicht gerecht. Die Schaffung von Arbeitsplätzen wird benachteiligt. Arbeitnehmer und sozial Schwache werden die Zeche der rot-grünen Steuerumverteilungs- und -erhöhungspolitik zahlen.

### Es fehlt der Mut

Sie bringen angesichts der immer noch zu hohen Arbeitslosigkeit nicht den Mut für eine große Steuerreform nach den Leitlinien niedriger, einfacher, gerechter mit einer spürbaren Entlastung für die Steuerzahler auf, um mehr Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Mehr Belastungen für den Mittelstand, neue Komplizierungen und soziale Unausgewogenheit schaffen keine neue Beschäftigung. Deutschland braucht aber eine große Steuerreform, die ihren Namen auch wirklich verdient, wenn es leistungsfreundlich, investitions- und beschäftigungsfördernd und sozial gerecht zugehen soll. Hierfür steht nur die vom Deutschen Bundestag am 26. Juni 1997 beschlossene große Steuerreform.

## Ostdeutsche Unternehmer optimistisch

**Das seit einem Jahr zu beobachtende Stimmungshoch in der ostdeutschen Industrie ist laut jüngster Umfrage des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) ungebrochen.**

Nahezu vier Fünftel der rund 300 im September befragten Unternehmen bezeichneten ihre Geschäftslage als „gut“ oder „eher gut“ und nur ein Fünftel als „eher schlecht“ oder „schlecht“.

Der Saldo aus positiven und negativen Meldungen stieg auf einen Skalenwert von 56 Punkten und verbuchte damit im Vergleich zur Juli-Umfrage ein Plus von zwei Punkten. Gegenüber dem Ergebnis vor Jahresfrist entspricht das einer Zunahme um 14 Punkten. Unter den Optimisten sind in großem Umfang Unternehmen, die bereits im vergangenen Jahr kräftige Umsätze und eine gute Ertragslage verbucht haben.



# Kritik am Steuerkonzept von SPD und Grünen

**Der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) hat das Steuerkonzept von SPD und Bündnis 90/Die Grünen kritisiert. Die bisher vorgelegte Streichliste gehe fast nur zu Lasten der Unternehmen und widerspreche dem wirtschaftlichen Sachverstand, erklärte BGA-Präsident Michael Fuchs.**

Damit werde der unternehmerische Mittelstand „bestraft“. Wenn die neue Bundesregierung Arbeitsplätze schaffen wolle, müsse gerade dieser Wirtschaftsbereich steuerlich entlastet werden.

Fuchs bemängelte zudem, daß die Unternehmensteuerreform erst am Ende der Überlegungen für eine Reform der Einkommensteuer im Jahre 2002 stehen soll. Die Steuersätze für Unternehmen müßten jetzt gesenkt werden, um im Wettbewerb der Steuerstandorte verlorenes Terrain zurückzugewinnen.

Das beabsichtigte Paket habe eine Schlagseite, indem zunächst „sozialpolitische Wohltaten“ verteilt und erst zuletzt die Stärkung der Wirtschaftskraft angestrebt werde.

Die angepeilte Senkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne von 45 auf letztlich 35 Prozent nannte Fuchs ein richtiges Ziel. Dies müsse nur schnell

ler verwirklicht werden. Bedenken äußerte der BGA-Chef gegen die rechtsformunabhängige Gestaltung der Unternehmensbesteuerung. Vielmehr sollte der Spitzensatz in der Einkommensteuer für gewerbliche Einkünfte auf das Niveau der Körperschaftsteuer von 35 Prozent gesenkt werden.



## **BDI: Schockierend**

**Für den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, sind die Pläne von SPD und Bündnisgrünen für eine Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer „schlimmer als alles, was wir befürchtet haben“.**

Würden sie Wirklichkeit, stünden der deutschen Wirtschaft nach ersten Schätzungen in den nächsten vier Jahren Mehrbelastungen bis zu 100 Milliarden DM ins Haus, erklärte Henkel.

Die Senkung des Eingangssteuersatzes, die Anhebung des Grundfreibetrags und die Erhöhung des Kindergeldes sollten offensichtlich voll von der Wirtschaft finanziert werden. Es sei gegen jegliche ökonomische Vernunft, daß die seit Jahren von der Wirtschaft und der Mehrheit der Sachverständigen geforderte Unter-

## **Niedrigere Promillegrenze zeigt Wirkung**

Nach der Absenkung der Promillegrenze für Autofahrer ist die Zahl der Unfälle wegen Alkohols am Steuer deutlich zurückgegangen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, wurden im ersten Halbjahr rund 34.400 Unfälle registriert, bei denen mindestens ein Beteiligter unter Alkoholeinfluß stand. Das waren 13 Prozent weniger als vor einem Jahr.

## Micky-Mouse-Reform statt großer Wurf

**Zu den rot-grünen Steuerplänen erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall: Die rot-grünen Pläne lösen nicht die steuerlichen Probleme des Standortes Deutschland – nämlich: Leistungsfeindlichkeit, zu hohe Steuersätze, Kompliziertheit.**

Die Absenkung des Eingangssteuersatzes um 2 Punkte entlastet den Arbeitnehmer um 10 DM pro Monat – ein Motivationsschub wird davon nicht ausgehen.

Eine Kindergelderhöhung ist zwar immer begrüßenswert, hat aber nichts mit einer Steuerreform zu tun.

Ein Beitrag zur der überfälligen Vereinfachung der Steuerreform ist in den Plänen überhaupt nicht zu entdecken.

Die Absenkung der Steuersätze für einbehaltene Gewinne und gewerbliche Einkünfte werden überkompensiert durch die vorgesehenen Streichungsmaßnahmen. Die Progression wird dadurch nicht gemildert, sondern noch steiler.

Es ist nicht zu erkennen, wie Deutschland auf diesem Weg Attraktivität für ausländische Investoren gewinnen könnte. Durch diese Trippelschritte erreicht man nicht den Dynamisierungseffekt in der Wirtschaft, mit dem eine Steuerreform zur Selbstfinanzierung beiträgt. Deutschland braucht eine tiefgreifende Steuerreform, einen big bang, keine Micky-Mouse-Reform. Mit dem angekündigten Reformvorhaben wird die überfällige Steuerreform wieder für 4 Jahre auf die lange Bank geschoben.

nehmensteuerreform in ihr Gegenteil verkehrt werde, erklärte der BDI-Präsident.

So stünden allein im nächsten Jahr den marginalen Steuersatzsenkungen für Unternehmen Belastungen in mehr als dreifacher Höhe durch Eingriffe in die Gewinnermittlung gegenüber.



### RWI: Chance vertan

**Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen hat zurückhaltend auf die Steuerpläne der neuen Bundesregierung reagiert.**

„Es wird nur eine kleine Steuerreform“, sagte RWI-Präsident Paul Klemmer der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“.

Klemmer rechnet höchstens mit 50.000 bis 70.000 neuen Arbeitsplätzen. Die

Reform orientiere sich zu stark am sozialen Verteilungsgedanken und vernachlässige die Wachstumsförderung. Für den Mittelstand leiste sie zu wenig. In dieser Hinsicht werde laut Klemmer eine „Chance vertan“. Wünschenswert wäre eine stärkere Senkung der Unternehmenssteuersätze gewesen.



### ZDH: Kaum Entlastung

**Der Zentralverband des deutschen Handwerks hat die von SPD und Bündnisgrünen geplante Steuerreform kritisiert.**

„Dies ist kaum eine Entlastung. Die Reform kommt kleineren und mittleren Verdienern zugute. Aber sicherlich nicht dem mittelständischen Handwerk“ sagte Hanns-Eberhard Schleyer vom Zentralverband des deutschen Handwerks. ▶

## CDA: Höhere Energiesteuer zu Lasten der Arbeitslosen und Rentner

**Die geplante Anhebung der Mineralölsteuer um sechs Pfennige und die künftige Energiesteuer belasten nach Ansicht der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) vor allem Arbeitslose und Rentner.**

Da über diese Steuererhöhungen die Lohnnebenkosten gesenkt werden sollen, gingen Arbeitslose und Rentner, die nicht arbeiten, leer aus.

Mit ihren Steuerplänen greife die SPD damit den sozial Schwachen „kräftig in die Tasche“, kritisierte CDA-Bundesvorstandsmitglied Johannes Stiehler in Leipzig.

Letztlich müßten auch Arbeitnehmer mehr zahlen, als sie durch die Senkung der Lohnnebenkosten herausbekommen, erklärte Stiehler. Damit beginne die neue Bonner Koalition „mit sozialer Kälte“.

## DIHT gegen Einführung von Öko-Steuern

**Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hat vor der Einführung von Öko-Steuern gewarnt. In einer Stellungnahme zu den Steuerplänen der künftigen rot-grünen Bundesregierung erklärte die Spitzenorganisation, Kostenverschiebung schaffe keine neuen Arbeitsplätze.**

Für die Wettbewerbsfähigkeit vieler Branchen sei es unerheblich, in welcher Form dort Kosten anfielen. Durch eine Erhöhung der Steuern auf Energie würden die Branchen besonders hart getroffen, die energieintensiv produzieren müßten. Würde man Ausnahmen beschließen, führe dies zu mehr staatlicher Bürokratie.

Der DIHT lehne Öko-Steuern nicht nur zur Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge, sondern auch zur Verringerung der Steuersätze ab. Die Verringerung dieser Steuersätze müsse vielmehr durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage gegenfinanziert werden. Zwingend erforderlich sei zudem eine Reduzierung der staatlichen Ausgaben.

Die Spitzenorganisation warnte zugleich davor, das Bundeswirtschaftsministerium zu „skelettieren und das Bundesfinanzministerium mit einer Machtfülle auszustatten, die eine Gesamtkontrolle über Finanzen, Steuern und die Wirtschaft insgesamt“ ermögliche. Die Trennung von Sach- und Ordnungspolitik sei unerlässlich.

## Pure Machtgier

**Als „Skandal“ hat die CSU die Entscheidung der SPD in Mecklenburg-Vorpommern für eine Zusammenarbeit mit der PDS kritisiert.**

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Peter Ramsauer, erklärte, die „pure Machtgier“ von SPD-Landeschef Harald Ringstorff habe gegen „staatspolitische Verantwortung und Vernunft“ gesiegt.

Es sei eine „Schande“, daß die SPD eine Zusammenarbeit mit der CDU ablehne und sich statt dessen „für die Kommunisten entscheidet“.

# Schröders „neue Mitte“ wird jetzt abkassiert

**Zu den Plänen von Rot-Grün zur Steuerpolitik erklärte der mittelständpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss: Vor der Wahl bat Schröder die neue Mitte um ihre Stimme, Lafontaine bittet sie nach der Wahl zur Kasse.**

Die Regierung Schröder ist noch gar nicht im Amt, da wird schon klar, daß sein Werben um die „neue Mitte“ eine arglistige Täuschung der Wähler war. Die in Aussicht gestellten Steuersenkungen fallen halbherzig und dürftig aus. Sogar im unteren Bereich, den die SPD besonders entlasten wollte, gibt es nur magere Pläne.

## Die Zeche zahlt die „neue Mitte“, angefangen beim Arbeitnehmer:

- Halbierung des Sparerfreibetrags.
- Halbierung des Steuerfreibetrags auf Abfindungen.

- Statt dessen höhere Spritpreise für Pendler.
- Zusätzlich: Geringere Absetzbarkeit von Fahrten zum Arbeitsplatz.

Vor allem aber hat die neue Regierung die mittelständischen Betriebe ins Visier genommen. Auf der Streichliste stehen:

- Sonderabschreibung für kleine und mittlere Betriebe.
- Ansparabschreibung für kleine und mittlere Betriebe.
- Freibetrag für Gewinne aus Veräußerung von Betrieben (Altersvorsorge für Selbständige!).
- Einschränkung des Verlustvortrags (Strangulierung der Liquidität).

Spitzensteuersätze immer noch weit über internationalem Niveau, statt dessen kräftige Belastungen – so quält Rot-Grün den Mittelstand, von dem sie neue Arbeitsplätze und Lehrstellen verlangt.

## Gift für den Standort Deutschland

**Zum Kernkraftausstieg und den Steuerplänen des Linksbündnisses erklärte Generalsekretär Peter Hintze:**

Die rot-grünen Pläne, aus der Kernenergie auszusteigen und eine Ökosteuer einzuführen, sind Gift für den Standort Deutschland.

Die Kombination von Angebotsverknappung beim Strom und zusätz-

licher steuerlicher Belastung des Stromverbrauchs kostet Arbeitsplätze. Bei der geplanten Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer fällt die Nettoentlastung allzu mager aus und kommt viel zu langsam.

Die Steuerpläne des Linksbündnisses verschlechtern die Investitionsbedingungen in Deutschland.

# „Erblasten“ und „Haushaltslöcher“: rot-grüne Wählertäuschung

**Zu den Behauptungen der rot-grünen Koalitionäre über angebliche Haushaltslöcher erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Roth:**

Die Behauptung sogenannter „Erblasten“ sind ein offenbar notwendiges Ritual dieses Machtwechsels. Die rot-grünen Koalitionäre wollen Forderungen der jeweils anderen Partei im Rahmen der Koalitionsverhandlungen zurückweisen können; außerdem soll der bisherigen Bundesregierung die Verantwortung für das schon jetzt erkennbare Scheitern von im Wahlkampf groß herausgestellten rot-grünen Politikvorstellungen, z. B. die Rücknahme angeblich unsozialer Reformen, zugeschoben werden. „Haushaltslöcher“ ergeben sich allein aus dem absehbaren Ergebnis der Koalitionsverhandlungen.

## Für die Bilanz der alten Bundesregierung gilt:

Der Anteil der Bundesausgaben (456,8 Mrd DM) liegt 1998 bei etwa 12 des Bruttoinlandsprodukts (3.790 Mrd DM); 1982 lagen die Ausgaben des Bundes (244,6 Mrd DM) bei 15,4 des Bruttoinlandsprodukts (1.588,1 Mrd DM), d. h. der Anteil der Bundesausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag 1982 um gut ein Viertel höher. Für 1998 bedeutet das im Vergleich zu 1982 Minderausgaben des Bundes in einer Größenordnung von etwa 130 Mrd DM.

1982 lag die Nettokreditaufnahme des Bundes (37,2 Mrd DM) bei 16 Prozent der Gesamtausgaben des Bundes und bei 2,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts; 1998 liegt die Nettokreditaufnahme des Bundes (57,8 Mrd DM) bei 12,5 Prozent der Ge-

samtausgaben und bei 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das heißt, der Anteil der Verschuldung des Bundes am Bruttoinlandsprodukt lag 1982 um mehr als die Hälfte höher als 1998.

Wenn man sich bei diesem Vergleich außerdem vergegenwärtigt, daß der Haushalt 1998 nicht unerheblich von den Kosten der Wiedervereinigung beeinträchtigt wird, dann wird deutlich, daß im direkten Vergleich der beiden Machtwechseljahre seriöserweise 1998 nicht von einer „Erblast“ gesprochen werden kann.

Im Ablauf des Haushalts 1998 sind Haushaltsrisiken, Haushaltslöcher in der behaupteten Größenordnung in keiner Weise zu erkennen.

Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung aus Juni/Juli 1998 war seriös und vollständig finanziert. Nachdem Herr Schröder bereits den Aufschwung zu Beginn dieses Jahres für sich reklamiert hat, wird die künftige Opposition wohl davon ausgehen dürfen, daß er sich auch die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Jahr seiner Regentschaft selbst zurechnen wird.

Die Wähler von Rot-Grün sollten sich vor allem die Frage stellen, woher die neuen Weisheiten der Koalitionäre kommen. Noch ist weder der Bundeskanzler gewählt noch ein Minister im Amt. Die Informationsbasis der Koalitionäre ist heute nicht anders als vor 6 Wochen oder 3 Monaten. Wenn die Koalitionäre aber heute behaupten, Teile ihrer Politikvorstellungen wegen einer angeblich überraschend schlechten Haushaltslage nicht umsetzen zu können, dann haben sie vor 6 Wochen oder 3 Monaten den Wähler bewußt getäuscht. ■

## Krankenstände so niedrig wie nie zuvor

Die Krankenstände der Pflichtversicherten bei den Betriebskrankenkassen (BKK) waren 1997 so niedrig wie nie zuvor. Wie der BKK-Bundesverband in Bonn mitteilt, hat die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage 1997 in Westdeutschland auf durchschnittlich 18 Kalendertage je BKK-Pflichtmitglied abgenommen. Bereits 1996 war die Arbeitsunfähigkeit mit 20 Kalendertagen auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren gesunken, nachdem die

Beschäftigten 1991 im Durchschnitt noch 26 Tage krank gewesen waren. In den neuen Bundesländern ist die Entwicklung dagegen umgekehrt verlaufen. 1991 waren die Ostdeutschen durchschnittlich 10 Tage krank. Dann ging es ihnen aber bald immer schlechter, und 1995 wurde ein durchschnittlicher Krankheitsstand von 19 Tagen erreicht. Seither hat die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage im Osten wieder auf 17 abgenommen.

### Erstaunliche Gesundung

*Die Deutschen sind offenbar gesünder geworden. Jedenfalls teilen die Betriebskrankenkassen mit, daß die Krankenstände niedriger sind denn je. Im Ernst: Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Gesundheit der Bevölkerung im vergangenen Jahr geradezu schlagartig zugenommen hat. Vielmehr beweist die Abnahme der Krankheitsfälle, daß die Einschränkung der Lohnfortzahlung bei Krankheit offenkundig ihre Wirkung entfaltet hat. Das Handwerk zum Beispiel berichtet, die Hälfte der Handwerksbetriebe habe die Lohnfortzahlung abgesenkt und damit in erstaunlicher Weise zu geringeren Krankmeldungen der Mitarbeiter beigetragen. Die SPD sollte die Lohnfortzahlung angesichts der erstaunlichen „Gesundung“ besser nicht auf die ursprüngliche Höhe zurücksetzen.*

**Frankfurter Allgemeine**

### Verzichtbarer Verzicht

*Erinnern Sie sich? Als die Regierung Kohl die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ankündigte? Ein Aufschrei ging durch die Republik: den Kranken in die Brieftasche zu fassen! Ausgerechnet*

*die Parteien mit dem hohen C – unglaublich! Selbst die eigene Klientel fiel der Koalition in den Rücken. Ganz ohne Ertrag für die Unternehmerschaft blieb der politische Kraftakt gleichwohl nicht. Denn Zugeständnisse der Arbeitnehmer in anderen Breichen brachten der Wirtschaft unterm Strich eine deutliche Ersparnis und der Politik gute Argumente, um die Schaffung neuer Jobs anzumahnen. Die aktuelle Statistik der Betriebskrankenkassen zum Krankenstand der Pflichtversicherten zeigt außerdem: Im Lande ist mittlerweile offenbar einiges in Bewegung geraten. Immerhin: So selten krank wie heute waren die Leute jedenfalls nie. Das mag in erster Linie den miesen Zeiten zuzuschreiben sein. Doch die Kohlsche Aktion hat zumindest dazu beigetragen, daß der Zusammenhang von Fehlzeiten, Betriebskosten, Investitionen und Arbeitsplatzsicherheit einer breiteren Öffentlichkeit bewußt geworden ist. Die Lohnkürzung jetzt über Bord zu werfen, bringt Schröder und Co. zwar Punkte auf dem sozialen Konto; im Sinne einer Rundumerneuerung, die möglichst vielen Menschen eine Chance auf einen Arbeitsplatz gibt, könnte man auf diesen Schritt aber getrost verzichten.*

**Tagesspiegel**

## Welch ein Fehlstart!

Die SPD kann es drehen und wenden, wie sie will: Was ihre Führung, insbesondere Oskar Lafontaine, in den vergangenen Tagen geboten hat, spottet jeder Beschreibung. Binnen weniger Tage ist die monatelange - wahlkampfbedingte und wählerwirksame - Eintracht an der Parteispitze, als das entlarvt worden, was sie von Anfang an war: Inszenierung und Show.

Jetzt sind alle beschädigt: Gerhard Schröder, der künftige Kanzler, hat sich letztlich zwar durchgesetzt, da jetzt alle - Lafontaine wie Rudolf Scharping und Franz Müntefering - als Kabinettsmitglieder seiner Richtlinienkompetenz unterstehen. Aber das Spiel „Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte“ kann man nicht beliebig wiederholen. Wirkliche Führungskraft hätte darin bestanden, schon vor der Wahl die Entscheidungen - auch beim Personal - zu fällen und sie nicht hinterher fast explosionsartig herbeiführen zu müssen.

Oskar Lafontaine wollte mit einer Brachialgewalt, wie man sie nur von ihm kennt, Scharping aus dem und Müntefering in den Fraktionsvorsitz zwingen. Das ist ihm, wie wir seit gestern wissen, nur zum Teil gelungen. Scharping ist jetzt „eingebunden“ wie Lafontaine selbst. Das hat den Parteivorsitzenden - der schon mitansehen mußte, wie Bodo Hombach an

Müntefering vorbei von Schröder ins Kanzleramt gehievt wurde - geschmerzt, das schmerzt jetzt Scharping. Aber ist geteiltes Leid auch halbes Leid? Wohl nicht.

Die annähernd 300 Abgeordneten der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion mußten schweigend mitansehen, wie ihr Vorsitzender verschoben wurde. Es ist schon fast zynisch zu nennen, wenn künftiger Kanzler und Parteiführer jetzt, nachdem der Schlachtenrauch verzogen ist, großzügig Handlungsfreiheit gewähren nach dem Motto, es sei Sache der Frakti-

### Kommentar

on, über ihre Führung zu bestimmen. Dem Ansehen freigewählter Volksvertreter hat das Postengeschachere jedenfalls geschadet, und eine bessere Lösung an der Spitze der SPD-Fraktion ist damit nicht in Sicht. Das heißt: Schröder mag mit dem Satz durch die Lande ziehen, nur die Besten seien gut genug für sein Kabinett. In Wirklichkeit aber geht es ihm darum, keine anderen Machtzentren neben sich zu dulden. Die SPD-Fraktion wird künftig einen Geschäftsführer haben, der sich Vorsitzender nennen darf.

Was die handelnden Personen angeht, ist der Lack also ab - noch bevor die neue Regierung überhaupt berufen ist.

**General-Anzeiger, Bonn**

## Hartmut Perschau soll Bremer CDU anführen

Der Bremer Finanzsenator Hartmut Perschau ist vom CDU-Landesvorstand einstimmig als neuer Spitzenkandidat für die Bürgerschaftswahl 1999 benannt worden.

Die letzte Entscheidung darüber trifft im November ein Sonderparteitag. 1991 und 1995 hatte der Politik-Seiteneinsteiger Ulrich Nölle die

CDU-Liste angeführt; er wurde 1995 Finanzsenator in der Großen Koalition.

Perschau war früher Oppositionschef in Hamburg und Innensenator in Sachsen-Anhalt. In Bremen übernahm er 1995 zunächst das Wirtschaftsressort, bis er Nachfolger von Finanzsenator Nölle wurde.

# Die Deutsche EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1999

**Unter der Führung von Helmut Kohl hat der Europäische Rat 1988 in Hannover die Gleichwertigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Europa betont. Den sozialen Fragen muß die gleiche Bedeutung wie den wirtschaftlichen beigemessen werden. Mit dem Stichtag zur Einführung des Euro und der Übernahme der deutschen Ratspräsidentschaft wird dieses Thema erneut aktuell.**

Die beiden vorangegangenen deutschen EU-Präsidentschaften gaben der sozialpolitischen Entwicklung wichtige Impulse (z.B. 1988 Vorbereitung der Sozialcharta; 1994 Verabschiedung der Richtlinie über den Europäischen Betriebsrat). Es bleibt fraglich, ob der europapolitisch wenig versierte künftige Kanzler Gerhard Schröder die hohe Meßlatte der Regierung Kohl überspringen kann.

Im Sinne unseres Landes und seiner Arbeitnehmer muß die künftige Bundesregierung die deutsche Präsidentschaft nutzen, um zwei Schwerpunkte zu setzen:

- Beschäftigung;
- Regelung der Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der neu zu schaffenden Rechtsform „Europäische Aktiengesellschaft“.

## 1. Beschäftigung

Auf dem Gipfel in Amsterdam wurde vereinbart, unter der britischen Präsidentschaft die nationalen Aktionspläne für mehr Beschäftigung entgegenzunehmen. Unter der aktuellen österreichischen Präsidentschaft wird die zweite Generation der Leitlinien beschlossen werden. Im 1. Halbjahr 1999 wird, wie in Amsterdam

vereinbart, die erste Fortschreibung der beschäftigungspolitischen Aktionspläne der EU-Staaten erfolgen. Die politische Brisanz liegt darin, daß die Gemeinschaft möglicherweise Empfehlungen an die Mitgliedstaaten richten muß. Das kann sehr unangenehm sein, weil die EU damit praktisch einen Mitgliedstaat rügt, nicht genug gegen die Arbeitslosigkeit getan zu haben. Im Sinne der Arbeitslosen muß

**Von Winfried Menrad,  
stellvertretender Bundesvorsitzender der CDA und Vizepräsident des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments**

dies jedoch erfolgen. Es wird sich zeigen, ob Schröder hierzu den Mut und die Kraft aufbringt. Die klassische Beschäftigungspolitik (AFG usw.) muß natürlich auch künftig national bleiben.

## 2. Regelung der Mitbestimmung in der Europäischen Aktiengesellschaft

Die Einführung einer Europäischen Aktiengesellschaft ist seit Jahrzehnten umstritten. Bislang scheiterte sie vor allem an der Frage der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Zur Zeit arbeitet man an einem Kompromiß zwischen den unterschiedlichen Mitbestimmungstraditionen und -interessen. Dieser sollte zwei Gefahren vermeiden:



- ein bestehendes Mitbestimmungsmodell weniger Mitgliedsländer (z. B. deutsches Modell) in die übrigen Staaten zu „exportieren“;
- das Umgehen weitergehender Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Ländern wie Deutschland und Österreich mit Hilfe eines europäischen Rechtsinstruments („Flucht aus der Mitbestimmung“).

Flexibilität, Verhandlungslösungen, europaweite gesetzliche Mindeststandards für den Fall, daß zwischen den Gründungsvorständen und dem besonderen Verhandlungsgremium der Arbeitnehmer keine Einigung über das Mitbestimmungsmodell zustande kommt, war das Rezept, das den Europäischen Betriebsrat zu einer Erfolgsstory gemacht hat. Deshalb empfiehlt der Bericht des Europäischen Parlaments diese Verfahrensgrundsätze für die Mitwirkung der Arbeitnehmer auch bei der Europa-AG. Die parteipolitische Bedeutung liegt darin, daß dieser Bericht von der Arbeitnehmergruppe der christlich-demokratischen EVP-Fraktion formuliert wurde.

Die Luxemburger (1997 / 2. Halbjahr), die britische (1998/1. Halbjahr) und die österreichische (1998/2. Halbjahr) Ratspräsidentschaft haben die aus der EVP kommende Formel übernommen. Zur Zeit hakt das Projekt „Europa-AG“ noch an Detailfragen. Geklärt werden müssen die Mindeststandards bei der Mitbestimmung, die Vorschriften für die Abstimmungsprozedur im besonderen Verhandlungsgremium und die Bestimmungen zur Einbindung der Gewerkschaften. Hier ist der Ministerrat gefragt.

### **Eine Lösung für die Rechte der Arbeitnehmer finden**

Die Blockade geht vor allem von einer sozialistischen Regierung aus. Frankreichs Sozialisten zeigen sich besonders mitbestimmungsskeptisch. Wenn das ganze Projekt der Europäischen Aktiengesellschaft nicht zerredet werden soll, muß spätestens unter deutscher Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 eine Lösung für die Rechte der Arbeitnehmer gefunden werden.

## **Haushaltssperre in Sachsen-Anhalt: 10.000 ABM-Stellen gefährdet**

**Das Finanzministerium von Sachsen-Anhalt hat angesichts der angespannten Finanzlage des Landes am 12. Oktober eine Haushaltssperre verhängt. Geplante Ausgaben müssen vom Ministerium nun einzeln geprüft und genehmigt werden.**

Gleichzeitig wurden konkrete Sparpläne der SPD-Landesregierung für das kommende Jahr bekannt. Nach Angaben von Sozialministerin Gerlinde Kuppe werden 1999 in Sachsen-Anhalt bis zu 10.000 ABM-Stellen – etwa

ein Viertel des derzeitigen Bestandes – wegfallen.

Sachsen-Anhalt ist das Land mit der höchsten Arbeitslosigkeit in Deutschland. Im September lag die Arbeitslosenquote bei 18,5 Prozent. Nach dem in der Vorwoche vorgestellten Haushaltsentwurf für 1999, der ein Gesamtvolumen von 20,3 Milliarden Mark hat, sollen die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik um 82 Millionen auf 534 Millionen Mark gekürzt werden. Kuppe sprach dagegen von einer Senkung um 50 Millionen auf 567 Millionen Mark.

Ministerpräsident Erwin Teufel:

## Das Bildungssystem entscheidet unsere Zukunft

**Die Reform des Bildungswesens und Investitionen in Bildung, Forschung und Existenzgründung sind ein Top-Thema in Baden-Württemberg. Ministerpräsident Erwin Teufel nimmt mit seiner Bildungspolitik eine Vorreiterrolle ein.**

„Wissen ist zum entscheidenden Produktionsfaktor geworden“, sagt der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel. „Wenn Sie das Kapital entwickelter Länder betrachten, dann sind mehr als 75 Prozent davon nicht etwa Sach-, sondern Humankapital“, analysiert Gary S. Becker, einer der Pioniere der ökonomischen Analyse von Bildungsinvestitionen; Becker erhielt für seine neuartigen Forschungsansätze 1992 den Nobelpreis. Der Münchner Unternehmensberater Roland Berger sagt, die neue Wissens- und Hochtechnologiegesellschaft kenne nur noch einen Rohstoff: „brain“, den Verstand. Und „brain“ gehe dorthin, wo die Bedingungen am besten sind, das Klima leistungsfreundlich und stabil, Ausbildung und Kultur attraktiv.

„Wir gehen in den Wettbewerb um die modernste Region Europas“, beschrieb Ministerpräsident Erwin Teufel kürzlich den Weg seines Landes in den nächsten Jahren auf einer Klausurtagung der baden-württembergischen CDU-Landtagsfraktion in Bad Mergentheim. Nur wenn das Land das modernste Bildungssystem Europas habe, könne ein solcher Wettbewerb gewonnen werden. In der Tat sprechen viele Ziffern dafür, daß Baden-Württemberg das Ziel seines Ministerpräsidenten schaffen könnte: Drei Viertel der Schulen

in Baden-Württemberg sind bereits heute mit einem multimedialfähigen PC ausgestattet. Das Land liegt in wichtigen Innovationsfeldern vorn. Die meisten deutschen Biotechnikunternehmen gibt es in Baden-Württemberg. Und im „Musterlande“ öffnen die meisten High-Tech-Firmen ihre Tore.

### So beschreibt Erwin Teufel die zentralen Ansatzpunkte moderner Bildungspolitik:

- Den Wettbewerb mit der Gesamtschule hat das gegliederte, aber durchlässige Schulwesen gewonnen. Mehrere neue Studien belegen: Der einzelne Schüler

### CDU Baden-Württemberg gegen rot-grünen Kultur-zentralismus

wird weit aus besser in einem gegliederten Schulwesen gefördert. Und mehr Förderung in der Schule bedeutet mehr Berufschancen später.

- Wir müssen unsere jungen Leute auf das zusammenwachsende Europa und überhaupt auf die Globalisierung vorbereiten. Wir brauchen Leute, die sich mit „Haut und Haaren“ auf eine andere Kultur einzulassen bereit sind. Wir müssen mehr Fremdsprachenkompetenz vermitteln. In der Zentrale des neuen Daimler-Chrysler Konzerns in Stuttgart wird Englisch die Hauptsprache sein. Deshalb müssen wir so früh wie möglich mit Fremdsprachen-

unterricht anfangen, nämlich schon in der Grundschule! In der Grenzlandschaft am Rhein ist dies schon Normalität.

● Der Umgang mit elektronischen Medien ist eine entscheidende Kulturkompetenz. Deshalb muß der Computer so frühzeitig wie möglich ins Klassenzimmer. Die elektronischen Medien bieten ganz neue Chancen bei der Wissensvermittlung. In Baden-Württemberg läuft bereits die erste Phase der Errichtung einer „Virtuellen Hochschule“.

● Die Verkürzung der Ausbildungszeiten ist ein Dauerbrenner. Zug um Zug wird in Baden-Württemberg das achtjährige Gymnasium eingeführt, das gegenwärtig noch neben dem neunjährigen Gymnasium angeboten wird.

An den Universitäten des Landes wurde ein Bildungsgutscheinsystem eingeführt. Wer länger als die Regelstudienzeit plus vier Semester für ein Studium braucht, zahlt 1.000 DM pro Semester. Aber gleichzeitig muß das Studium besser organisiert werden.

● Praxisbezug wird immer wichtiger. Deshalb müssen wegen ihrer Praxisorientierung die Fachhochschulen und die Berufsakademien, in denen nach dem dualen Prinzip gelehrt wird, ausgebaut werden. Genauso muß die Lehrerausbildung reformiert werden. Die zukünftigen Pädagogen müssen schon während des Studiums an die Schule und – noch besser – eine Zeit-

lang in einen Betrieb, wo etwas produziert wird. Jede Hochschule muß ein international konkurrenzfähiges Profil haben. Deshalb brauchen Hochschulen mehr Autonomie. Sie müssen ihre Studenten selbst auswählen dürfen. Genauso ist es nicht mehr zeitgemäß, wenn sie zu eng an den staatlichen Haushalt gefesselt sind. Die Einführung von Globalhaushalten ist Pflicht.

● Überhaupt wirkt Wettbewerb der Bildungssysteme zwischen den Ländern befruchtend. Der große Vorteil des Föderalismus in Deutschland ist, daß es nicht eine Lösung gibt, sondern daß viele Lösungen nebeneinander stehen, und sich dann die beste Lösung durchsetzen kann.

Vehement wendet sich Erwin Teufel gegen die Bestrebungen der zukünftigen rot-grünen Bundesregierung, einen „Kulturzentralismus“ in Deutschland zu errichten, in dem der Bund über immer größere Finanztopfe für den Bildungsbereich entscheidet, anstatt das Geld den für den Bildungsbereich zuständigen Ländern zu geben. Ministerpräsident Teufel wendet sich gegen die Preisgabe der Kulturhoheit der Länder an den Bund.

Es werde auch auf die SPD und rot-grün regierten Länder ankommen, „ob sie sich in einer solchen Selbstaufgabe preisgeben oder ob sie sich gegen einen Berliner Kulturzentralismus wehren“, so Ministerpräsident Teufel wörtlich.

Generalsekretär Peter Hintze:

## Scharping erstes Opfer im SPD-Machtkampf

SPD-Chef Lafontaine hat sein Werk der Scharping-Demontage vollendet. Nachdem er ihn auf dem Mannheimer Parteitag um das Amt des Parteivorsitzenden brachte, hat er ihn nun auch zur Demission im Amt des Fraktionsvorsitzenden gezwungen. Alle, die innerhalb der SPD nicht den linken Flügel repräsentieren, werden systematisch kaltgestellt. Es ist eine Zumutung für die Bundeswehr, daß sie einen Chef bekommt, der derartig demontiert sein Amt antritt.

Nicht nur zur Wahlkampfzeit:

## CDU Niedersachsen setzt auf Internet und neue Medien

**„Hier steht, wir müssen ins Internet“, liest in einem TV-Spot der Chef seinem Mitarbeiter vor. „Warum?“, fragt dieser erstaunt zurück, worauf der Chef nach einigen Sekunden des Schweigens zugeben muß, daß die Antwort in seiner Gazette nicht zu finden ist. Die CDU in Niedersachsen hingegen weiß genau, warum sie auf die neuen Medien setzt und ihr Engagement im Internet seit 1997 stetig ausbaut.**

Im Landtagswahlkampf präsentierte sich die CDU weit vor allen anderen Parteien des Landes im Internet. Die Website unter <http://www.cdu-niedersachsen.de> wurde dabei in der heißen Schlußphase des Landtagswahlkampfes rund 6.000 mal pro Tag aufgerufen, die Besucher der Internetpräsenz der CDU in Niedersachsen lobten in E-Mails Aufmachung, Inhalt und Aktualität des Angebotes. Viele ermutigten die niedersächsische Union in ihren Schreiben, das Online-Engagement nicht zurückzufahren, sondern beizubehalten.

„Nachdem sich unser Internetauftritt im Wahlkampf als überaus erfolgreich gezeigt hat, wollen wir das Internet nun auch verstärkt für die Verbesserung der innerparteilichen Kommunikation nutzen“, faßt Generalsekretär Hartwig Fischer die Pläne der niedersächsischen CDU zusammen. Zum Landesparteitag im Juni gab CDU-Landesvorsitzender Christian Wulff den Startschuß für das neue „ServiceNET“ der Niedersachsen-CDU, das in den letzten Wochen des Bundestagswahlkampfes bereits erste Dienste geleistet hat. Funktionsträger aller Parteebenen haben in die-

sem paßwortgeschützten Bereich Zugriff auf aktuelle Adreßdaten, täglich aktualisierte Online-Pressespiegel, sowie Grafiken und Layoutvorlagen.

Das notwendige Paßwort erteilt die Landesgeschäftsstelle innerhalb eines Tages nach Antragsingang. „Wir wollen unseren Verbänden mit dem ServiceNET einen direkten Zugriff auf die Dienstleistungen der Landesgeschäftsstelle ermöglichen“, erklärt Fischer das Angebot, das inzwischen rund 180 CDU-Funktionsträger in Niedersachsen nutzen. An dieser Resonanz freut Fischer vor allem der hohe Anteil der Ortsvorsitzenden und der Internetbeauftragten der Ortsverbände. Mit der normalen Briefpost wäre es schon aus finanziellen Gründen nicht leistbar, sie alle so schnell und umfassend mit Material zu versorgen.

Das ServiceNET soll gerade bei Aktionen und Kampagnen helfen, die nicht im voraus planbar sind, die Argumente der CDU ins Land zu tragen. Fischer: „Morgens eine spontane Pressekonferenz in Hannover, ab Mittag stehen Flugblattvorlagen und Hintergrundinformationen im ServiceNET bereit, abends können dann die brandaktuellen Materialien schon bei einem CDU-Hoffest oder am nächsten Tag beim Canvassing eingesetzt werden: So stellen wir uns eine moderne, effektive und erfolgreiche Partearbeit der nächsten Jahre vor!“

Die CDU in Niedersachsen gibt sich jedoch nicht mit ihrer eigenen Internetpräsenz zufrieden. Kreis-, Orts- und Bezirksverbänden sowie Kandidaten will man den Aufbau einer eigenen Homepage erleichtern. In einem Komplettangebot können

Homepage der CDU Niedersachsen

diese von der Landespartei für 25,00 DM pro Monat einen virtuellen Internetserver mit eigener Domain (z. B. www.cdu-xyz.de) einrichten lassen, wobei sie die Inhalte selbst gestalten und verwalten. Kreisverbände, die bei der nächsten Landtagswahl eine eigene Homepage haben, werden mit einem Zulauf rechnen können, der in der Größenordnung der Zugriffe der Landespartei in diesem Jahr liegt, ist man in Hannover aufgrund der Entwicklung des Online-Marktes überzeugt.

Die Kreisverbände sind daher gut beraten, ihre Erfahrungen mit dem schnellen Medium in wahlkampffreien Zeiten zu sammeln, um spätestens zu den Kommunalwahlen 2001 fit zu sein. Mit speziellen Seminaren wird die Landespartei im kommenden Jahr den Einstieg ins Online-Geschäft erleichtern.

Den Verbänden, die noch nicht auf das weltweite Datennetz zugreifen, bietet die CDU in Niedersachsen kostenlos eine ServiceCD an. Auf diesem Datenträger sind

neben allen aktuellen Broschüren und Handbüchern der niedersächsischen Union auch Adressen und Layoutmaterial für Gestaltung von Einladungen, Zeitungen oder Flugblättern gespeichert und können mit jedem modernen Computer abgerufen werden. Allein die Broschüren auf dieser CD sind eine gute Ergänzung für das heimische Archiv, da alle Texte im Gegensatz zu den konventionell gedruckten Exemplaren in wenigen Augenblicken nach Stichworten durchsucht werden können. Für Herstellung und Versand einer solchen CD-ROM entstehen dem Landesverband dabei sogar weniger Kosten als bei einer einzelnen herkömmlichen Broschüre.

**Musterexemplare der ServiceCD der CDU in Niedersachsen können gegen Einsendung von 8,00 DM in Briefmarken bestellt werden bei der**

**CDU in Niedersachsen  
Böttcherstraße 7  
30419 Hannover**

# Keine weitere Kürzung von Beamtenpensionen

**Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski, erklärte auf die Forderung des SPD-Sozialexperten Rudolf Dreßler zur Absenkung der Beamtenpensionen:**

Die Forderung der SPD, die Beamtenpensionen abzusenken und auf das Niveau der gesetzlichen Renten zu verringern ist nicht haltbar. Bei der Sozialversicherung und der Beamtenversorgung handelt es sich um völlig unterschiedliche Alterssicherungssysteme, die sich nicht vergleichen lassen. Die Berechnung der Pensionen kann nicht nach der gleichen Formel erfolgen wie die Rentenrechnung, da Beamte, Richter und Berufssoldaten kraft Gesetzes einem eigenständigen Besoldungs- und Versorgungssystem angehören.

## Nur bedingt vergleichbar

Die Altersversorgung im öffentlichen Dienst ist mit dem allgemeinen Sozialversicherungssystem nur bedingt vergleichbar: Während die gesetzliche Rentenversicherung die Regelsicherung (erste Säule) darstellt, die häufig durch eine betriebliche Altersversorgung (Betriebsrente; zweite Säule) – für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes in Form der Zusatzversorgung – ergänzt wird, hat die Beamtenversorgung von vornherein die Funktion einer Regel- **und** einer Zusatzversicherung (sog. Bifunktionalität). Mit der Altersversorgung im öffentlichen Dienst dürfen daher nur Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung **plus** einer betrieblichen Altersversorgung verglichen werden. Darüber hinaus muß daran erinnert werden, daß Beamte ihre Pensionen in vollem Um-

fang zu versteuern haben, während Renten nur mit dem geringfügigen Ertragsanteil besteuert werden. Durch das Versorgungsreformgesetz, dem die SPD-Mehrheit im Bundesrat am 8. Mai 1998 ihre Zustimmung gegeben hat, sind bereits Kürzungen der Beamtenpensionen vorgenommen worden. So ist das Kernstück des Versorgungsreformgesetzes die Rücklagenbildung aus Einkommensverzicht der Beamten.

## Ausreichende Maßnahmen

Von den jährlichen Einkommensanpassungen werden Abstriche von durchschnittlich je 0,2-Prozent-Punkten vorgenommen und aus den eingesparten Mitteln Rücklagen gebildet, die insgesamt gut 60 Mrd. DM erreichen und ab 2014 ausschließlich zur Finanzierung der Versorgungskosten herangezogen werden. Diese Maßnahmen stellen Eingriffe in den Besitzstandard der hiervon betroffenen Beamten dar und sind ausreichend. Durch die bereits vorliegende Neuregelung wird die Beamtenversorgung gesichert und gleichzeitig werden die öffentlichen Kassen entlastet.

## Personalie

Einstimmig haben die Mitglieder der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 6. Oktober den 41jährigen Bundestagsabgeordneten **Karl-Josef Laumann** zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

Der Amtsvorgänger **Wolfgang Vogt** hat aus Altersgründen nicht mehr für den Bundestag kandidiert.

**D**ie Junge Union Deutschlands sucht zum 1. Januar 1999 für die Bundesgeschäftsstelle in Berlin

**eine/einen  
Chefsekretär/in/  
Organisationsreferent/in**

für das Büro des Bundesgeschäftsführers

**Aufgaben:**

- Organisation von Veranstaltungen, Sitzungen und Kongressen
- Sekretariatsarbeiten für den Bundesvorsitzenden und den Bundesgeschäftsführer
- Reisevorbereitungen
- projektbezogene Arbeiten

**Anforderungen:**

- kfm. Ausbildung
- Beherrschung der deutschen und

englischen Sprache in Wort und Schrift

- Computer- und Internetkenntnisse Voraussetzung (Word 95, MS-Office Professional 97), Gestaltung und Betreuung der Homepage der Jungen Union Deutschlands
- hohes Maß an Mobilität und Flexibilität
- JU-Mitgliedschaft erwünscht
- Höchstalter 30 Jahre

Vergütung: in Anlehnung an BAT (Bund)

**Schriftliche Bewerbungen einschließlich aller üblichen Unterlagen sind bis zum 15. November 1998 an die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union Deutschlands, z. Hd. Bundesgeschäftsführer Ulrich Burger, Annaberger Straße 283, 53175 Bonn, zu richten.**

Wahlfazit der Deutschen Post:

**Über 4 Mio. Wahlbriefe störungsfrei bearbeitet**

**Bundeswahlleiter Johann Hahlen hat der Deutschen Post für ihren Beitrag zu einem reibungslosen Ablauf der Bundestagswahl gedankt.**

Mit einem Anteil von rund 10 Prozent der Wähler hatten sich bei der diesjährigen Wahl außergewöhnlich viele Bürger für die Briefwahl per Post entschieden: Allein die Zahl der durch die Deutsche Post bearbeiteten Wahlbriefe lag bei über 4 Millionen.

Noch am Wahlsonntag wurden ca. 50.000 Wahlbriefe durch besondere

Kuriere der Posttochter Deutsche PostExpress den Wahlleitern ausgehändigt.

Bereits im Vorfeld der Wahlen hatte die Deutsche Post die Wahlämter hinsichtlich der Gestaltung und Beschaffenheit der rund 60 Millionen Wahlbenachrichtigungskarten beraten, um die Wahlunterlagen mit hochmodernen Lese- und Verteilmaschinen schnellstmöglich bearbeiten zu können. Auf Wunsch wurden sogar Zertifikate für automationsfähige Briefsendungen ausgestellt.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
53014 BONN  
PVSt, DEUTSCHE POST AG  
ENTGELT BEZAHLT.

## Jetzt die CDU stärken! Mitglied werden!

„Am Ende überwog bei vielen der Wunsch nach Wechsel – ohne seine Richtung zu kennen.“ Zu diesem Schluß kommt in ihrer Wahlanalyse die Konrad-Adenauer-Stiftung. Deshalb kann man erwarten, daß sich bei vielen Wechselwählern schon bald der Zweifel einstellen wird, ob Rot-Grün wirklich für eine gute Zukunft steht. Das wird nicht bedeuten, daß sich die Mitbürgerinnen und Mitbürger automatisch wieder der Union zuwenden. Sie werden aber bereit sein, sich von der CDU anzusprechen zu lassen.

Der Bundesvorstand hat sich deshalb die Anregung des Generalsekretärs zu eigen gemacht, jetzt in allen Gliederungen der

CDU mit einer breit angelegten Mitgliederwerbung zu beginnen.

Eine Mitgliederwerbung zum jetzigen Zeitpunkt trifft die Stimmung bei vielen Sympathisanten der Union: Allein in der ersten Woche nach der Bundestagswahl sind in der Bundesgeschäftsstelle über 250 Aufnahmeanträge eingegangen. Begründung: Man will jetzt durch Mitgliedschaft die CDU stärken.

Die Mitgliederwerbaktion der CDU steht unter dem Motto „Jetzt die CDU stärken! Mitglied werden!“ Dazu gibt es eine Wandzeitung und ein Falblatt (Siehe Abb.) Ein neuer Leitfaden zur Mitgliederwerbung wird in Kürze zur Verfügung stehen.



# UiD

34/1998

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.